



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
13. Sitzung des Bauausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 18.03.2019	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	20:55 Uhr	
Sitzungsort:	Foyer der Bauverwaltung, Mühlendamm 12, Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Christopher Lötsch- CDU		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Kristin Blankenburg- SPD	Bis TOP 3.7	
Thomas-Markus Leber- FDP		
Ulrich Pluschkell- SPD		
Arne-Matz Ramcke- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
2. Stellvert. Stadtpräsidentin Silke Mählenhoff- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Herrn Roland Vorkamp	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Sabine Haltern- SPD		
Frank Müller-Horn- Die Unabhängigen		
Elfi Rostkowski- SPD		
Rainer Bischoff- SPD-Fraktion	ab TOP 3.7 - stellvertretend für Frau Blankenburg	
Dr. Ulrich Brock- CDU	Vertretung für: Herrn Andreas Zander	
Carl-Wilhelm Howe- FREIE WÄHLER & GAL	Vertretung für: Frau Antje Jansen	
Hans-Eberhard Knust- AfD	Vertretung für: Herrn David Jenniches	
Sascha Luetkens- Die Linke	Vertretung für: Herrn Ragnar Harald Lüttke	
Bernd Lutzkat- CDU	Vertretung für: Herrn Dirk Freitag	
Sascha Wienck- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau Nina vom Ende	
Verwaltung		
Senatorin Joanna Hagen- FB 5 - Planen und Bauen		
Dennis Bunk- 5.651 Gebäudemanagement		
Karsten Schröder- 5.610 Stadtplanung und Bauordnung		
Steffi Wulke-Eichenberg- 5.660 Stadtgrün und Verkehr		
Matthias Drever- Stadtgrün und Verkehr (5.660)	Nur öffentlicher Teil	

Oliver Groth- Bürgermeisterkanzlei (1.101)	
Birgit Jannsen- Gebäudemanagement Lübeck (5.651)	
Christine Koretzky- Stadtplanung und Bauordnung (5.610)	Bis TOP 4.2.4
Michaela Maurer- Stadtgrün und Verkehr (5.660)	Nur öffentlicher Teil
Christian Stolte- Stadtplanung und Bauordnung (5.610)	Bis TOP 4.2.2
Protokollführung	
Thomas Kaacksteen- 5.061 Fachbereichsdienste	
Gäste	
Olivia Kempke- LTM	Nur öffentlicher Teil
Beiratsmitglieder	
Margret Wulf-Wichmann- Seniorenbeirat	Nur öffentlicher Teil
Gerd Maertens- Seniorenbeirat	Nur öffentlicher Teil
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Antje Jansen- FREIE WÄHLER & GAL	Entschuldigt abwesend
David Jenniches- AfD	Entschuldigt abwesend
Ragnar Harald Lüttke- Die Linke	Entschuldigt abwesend
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Andreas Zander- CDU	Entschuldigt abwesend
Dirk Freitag- CDU	Entschuldigt abwesend
Roland Vorkamp- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Entschuldigt abwesend
Nina vom Ende- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Entschuldigt abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Allgemeiner Teil
1.1.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.2.	Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung
1.3.	Niederschriften, öffentlich vom 04.03.2019
2.	Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren
2.1.	Bebauungsplan 04.36.14 - Erste Änderung des Bebauungsplanes 04.36.10 - Bei der Lohmühle / Stockelsdorfer Straße - Satzungsbeschluss Vorlage: VO/2019/07220
2.2.	Bebauungsplan 04.32.00 - Bei der Lohmühle / Westhoffstraße - Satzungsbeschluss Vorlage: VO/2019/07221
3.	Sonstige Beschlussvorlagen
3.1.	Stadt-Grün verbindet - Freiraumprogramm für öffentliche Grün- und Freiflächen Vorlage: VO/2019/07070
3.2.	Antrag auf Aufnahme in das Städtebauförderprogramm Stadtumbau West mit der Gesamtmaßnahme Lübeck Nord-West Vorlage: VO/2019/07240
3.3.	Mittelbereitstellung für den Bau einer Interimsschule (Kalandschule) auf der Huxwiese Vorlage: VO/2019/07249
3.4.	Mobilitätskonzept Travemünde
3.5.	Projektfreigabe zur Umsetzung von Umbaumaßnahmen am Katharineum/Aula über 175.000,- EUR Vorlage: VO/2019/07290
3.6.	Aufhebung eines im Finanzplan/Investitionstätigkeiten im Haushaltsjahr 2019 bestehenden Sperrvermerkes, außerplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2019 sowie Projektfreigabe der Baumaßnahme Werkplatz Vorwerker Friedhof Vorlage: VO/2018/06374
3.7.	Projektfreigabe für die Neugestaltung der Mengstraße, 1. BA 2019/2020 Vorlage: VO/2019/07296

4.	Mitteilungen und Berichte
4.1.	Mitteilungen des Vorsitzenden
4.2.	Sonstige Mitteilungen und Berichte
4.2.1.	Mündliche Mitteilung (5.610): Aktueller Sachstand B-Planverfahren Volksfestplatz
4.2.2.	Mündlicher Bericht (5.610): Stadtteilveranstaltungen LÜBECK überMORGEN
4.2.3.	Feste Fehmarnbeltquerung - übergesetzliche Schutzforderungen Vorlage: VO/2019/07236
4.2.4.	Mündlicher Bericht (5.610): Grundlagen der Städtebauförderung
4.2.5.	Mündliche Mitteilung (5.660): Änderung des Radweges in Schlutup (Wesloer Straße)
4.2.6.	Planung von Feuerwehrgerätehäusern in Groß Steinrade und Kronsforde Vorlage: VO/2019/07238
4.2.7.	Diskussion zum TOP 9.4 (VO/2019/07280 - Anmietung: Königstraße 49-57, Fleischhauerstraße 31-37 und Dr.-Julius-Leber-Straße 26-38 - Königpassa- ge) in öffentlicher Sitzung
4.3.	Ankündigung von Öffentlichkeitsbeteiligung
4.4.	Mitteilungen zum Beginn von Ausschreibungen
4.5.	Eilentscheidungen des Bürgermeisters
5.	Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes
5.1.	Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen
5.2.	Neue Anfragen
5.2.1.	Anfrage Lötsch (CDU): Planungsstand Straße "Kirschenallee" / "An den Schießständen" Vorlage: VO/2019/07331
5.2.2.	Anfrage Lötsch (CDU): Planungsstand Umbau / der Sanierung der Ratze- burger Allee Vorlage: VO/2019/07332
5.2.3.	Die Unabhängigen: Anfrage des AM Frank Müller-Horn: Planungsstand Sa- nierung Niehüsener Straße

	Vorlage: VO/2019/07388
5.2.4.	Die Unabhängigen: Anfrage des AM Frank Müller-Horn: Planungsstand Sanierung Schenkenberger Weg Vorlage: VO/2019/07389
5.2.5.	Die Unabhängigen: Anfrage des AM Frank Müller-Horn: Lichtmasten als Ladestationen Vorlage: VO/2019/07391
5.3.	Anträge
5.3.1.	Antrag des AM Thomas-Markus Leber (FDP): Der "Landschafts- und Sportpark Strukbachtal" als Alternative oder auch als Ergänzung zur angedachten Grünfläche am Spargelhof. Vorlage: VO/2019/07281
5.3.2.	SPD: AT zu VO/2019/7003 Top 5.24 Fernwärme Vorlage: VO/2019/07093
5.3.3.	Die Unabhängigen: Sanierung Parkplatz Leuchtenfeld Vorlage: VO/2019/07202
5.3.4.	Dringlichkeitsantrag des AM Frank Müller-Horn (Die Unabhängigen): Aufgabenstellungen zum Gutachten über die Möglichkeiten der Tarifgestaltung im ÖPNV Vorlage: VO/2019/07390
11.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Allgemeiner Teil

zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Lötsch begrüßt die Anwesenden und eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Bauausschusses.

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Ferner weist der Vorsitzende darauf hin, dass seitens der Protokollführung Tonaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Bauausschuss nimmt hiervon Kenntnis.

zu 1.2 Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung

Die Verwaltung bittet um Aufnahme der folgenden Tagesordnungspunkte im Wege der Dringlichkeit:

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-------|---|----------------------|
| 3.5 | Projektfreigabe zur Umsetzung der Umbaumaßnahmen am Katharineum / Aula über 175.000,00 EUR | VO/2019/07290 |
| 3.6 | Aufhebung eines im Finanzplan / Investitionstätigkeiten im Haushaltsjahr 2019 bestehenden Sperrvermerkes, außerplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2019 sowie Projektfreigabe der Baumaßnahme Werkplatz Vorwerker Friedhof | VO/2019/06374 |
| 3.7 | Projektfreigabe für die Neugestaltung der Mengstraße, 1. Bauabschnitt 2019/2020 | VO/2019/07296 |
| 4.2.6 | Planung von Feuerwehrgerätehäusern in Groß Steinrade und Kronsforde | VO/2019/07238 |
| 5.3.3 | Überweisung aus der Bürgerschaft: Antrag Die Unabhängigen: Sanierung Parkplatz Leuchtenfeld | VO/2019/07202 |

- 5.3.4 Dringlichkeitsantrag des AM Frank Müller-Horn (Die Un-
abhängigen): Aufgabenstellung zum Gutachten über die
Möglichkeiten der Tarifgestaltung im ÖPNV **VO/2019/07390**

Nicht-Öffentlicher Teil:

- 6.2.2 AM Pluschkell (SPD): Mitteilung über Bauvorgaben **VO/2019/07393**
- 9.4 Anmietung Königstraße 49-57, Fleischhauerstraße 31-37
und Dr.-Julius-Leber-Straße 26-38 - Königpassage **VO/2019/07280**
- 9.5 Austauschvorlage zu TOP 9.1:
Verkauf von Baugrundstücken im Gründungsquartier
(Fischstraße und Alfstraße) **VO/2019/07325**

Die Verwaltung teilt mit, dass die unter TOP 3.4 in der Tagesordnung stehende Beschlussvorlage zum Thema „Mobilitätskonzept Travemünde“ von der Tagesordnung genommen werden müsse, da diese Vorlage verwaltungsintern noch nicht freigegeben sei.

Die Verwaltung teilt mit, dass die unter TOP 9.1 stehende Vorlage (VO/2019/07214) von der Verwaltung zurückgezogen sei und dafür die unter TOP 9.5 stehende Vorlage (VO/2019/07325) als Austauschvorlage auf der Nachtragstagesordnung stehe.

Herr Müller-Horn beantragt die öffentlichen Inhalte der Vorlage unter TOP 9.4 (VO/2019/07280 – Anmietung Königstraße 49-57, Fleischhauerstraße 31-37 und Dr.-Julius-Leber-Straße 26-38 – Königpassage) auch im öffentlichen Teil zu diskutieren. Der Vorsitzende schlägt hierzu den TOP 4.2.7 vor.

Herr Leber schlägt vor TOP 3.3 und TOP 9.2 zur Kalanderschule zusammen zu diskutieren und ggf. erst die nicht-öffentliche Vorlage abzustimmen und dann in anschließend öffentlicher Sitzung unter TOP 3.3 abzustimmen.

Herr Lötsch beantragt die Vertagung des TOP 3.1 (VO/2019/07070) da seine Fraktion hierzu noch Beratungsbedarf habe.

Frau Hagen merkt an, dass die Verwaltung hierzu eine Präsentation vorbereitet habe.

Herr Lötsch beantragt hierauf, die Präsentation anzusehen und den TOP dann trotzdem zu vertagen.

Der Vorsitzende spricht den Dringlichkeitsantrag von Herrn Müller-Horn unter TOP 5.3.4 an und möchte von ihm die Dringlichkeit erläutert haben, damit der Bauausschuss darüber abstimmen kann.

Herr Müller-Horn merkt an, dass die Auftragsvergabe unmittelbar bevorstehe und daher keine Zeit zu verlieren sei.

Herr Schröder teilt mit, dass in der nächsten Sitzung das Thema auf die Tagesordnung genommen werden könne.

Der Vorsitzende lässt über die Dringlichkeit des Antrages unter TOP 5.3.4 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Gegen eine Dringlichkeit: 14 Stimmen

Enthaltungen: 1 Stimme

Der Bauausschuss beschließt einstimmig, dass hier keine Dringlichkeit vorliege.

Der Bauausschuss beschließt einstimmig die beantragte Erweiterung der Tagesordnung unter Anerkennung der gegebenen Dringlichkeit, die nicht öffentliche Behandlung der hierfür vorgesehenen TOP, die beantragte Vertagung, die Behandlung des TOP 9.4 zum Teil in öffentlicher Sitzung, sowie die gemeinsame Beratung der TOP 3.3 und 9.2.

zu 1.3 Niederschriften, öffentlich vom 04.03.2019

Herr Pluschkell beantragt die Korrektur der Niederschrift des Bauausschusses vom 04.03.2019 zu Punkt zu 3.4 (Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Moislinger Allee 2. Bauabschnitt, Vorlage: VO/2019/07037) wie folgt:

Seite 10, Zeile 3-4: *Der Bauausschuss empfiehlt mehrheitlich gemäß des geänderten Beschlussvorschlags zu beschließen.*

Seite 10, Zeile 6-7 (Beschluss): *Mit der Umgestaltung der Moislinger Allee im Abschnitt Lindenplatz bis Lachswehrallee in dem in der Vorlage beschriebenen Umfang wird begonnen mit der Maßgabe, dass die Verkehrsführung der Moislinger Allee im Bereich des Lindenplatzes (zwischen Nebenhofstraße und dem Lindenplatz) nicht verändert wird.*

Der Bauausschuss beschließt die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 04.03.2019 unter Maßgabe der vorgenannten Änderungen einstimmig.

zu 2 Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren

zu 2.1 Bebauungsplan 04.36.14 - Erste Änderung des Bebauungsplanes 04.36.10 - Bei der Lohmühle / Stockelsdorfer Straße - Satzungsbeschluss Vorlage: VO/2019/07220

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 13 Stimmen

Gegen die Vorlage: 1 Stimme

Enthaltungen: 1 Stimme

Der Bauausschuss empfiehlt mehrheitlich gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes 04.36.14 – Erste Änderung des Bebauungsplanes 04.36.10 - Bei der Lohmühle / Stockelsdorfer Straße – abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlichen Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt. Gleiches gilt für die Stellungnahmen aus vorangehenden Beteiligungsverfahren nach den §§ 3 und 4 BauGB, soweit sie für die Abwägungsentscheidung zum Bebauungsplan noch von Belang sind.

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Auf Grund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 84 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 04.32.00 – Bei der Lohmühle / Westhoffstraße – in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) als Satzung beschlossen.

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 5) gebilligt.

3. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

zu 3 Sonstige Beschlussvorlagen

zu 3.1 Stadt-Grün verbindet - Freiraumprogramm für öffentliche Grün- und Freiflächen Vorlage: VO/2019/07070

Frau Maurer erläutert, die als Anlage beigefügte Präsentation, beantwortet Fragen aus der Politik und sagt zu, die Präsentation den Bauausschussmitgliedern per Mail zukommen zu lassen.

Der Bauausschuss vertagt die Vorlage einstimmig gemäß dem Beschluss unter TOP 1.2.

zu 3.2 Antrag auf Aufnahme in das Städtebauförderprogramm Stadtumbau West mit der Gesamtmaßnahme Lübeck Nord-West Vorlage: VO/2019/07240
--

Frau Koretzky erläutert anhand einer Präsentation (siehe Anlage) den geplanten Ablauf.

Herr Müller-Horn spricht die Empfehlung aus, in das festgelegte Gebiet die Rampe der Marienbrücke und den Wallhafen mit einzubeziehen.

Frau Koretzky erläutert, dass der Gebietsumgriff mit dem Land abgestimmt sei und es wenig bis gar keine Änderungsmöglichkeiten gäbe. Die Marienbrücke sei im Umgriff enthalten.

Herr Müller-Horn merkt an, dass es aus seiner Sicht nicht sinnvoll erscheine den Wettbewerb

vor der Voruntersuchung (VU) durchzuführen.

Herr Schröder erklärt, dass die Verwaltung diesen Ablauf vorgeschlagen habe, um dem Bürgerschaftsbeschluss zur Durchführung des Wettbewerbs zeitnah umzusetzen.

Herr Lötsch möchte wissen, wie es sich in diesem Zusammenhang mit dem ehemaligen Schlachthofgelände verhalte.

Frau Koretzky führt aus, dass der Schlachthof grundsätzlich eine Sonderrolle einnehme, da die Detaillierungstiefe hier deutlich höher liegen würde, als für einen städtebaulichen Ideenwettbewerb über das gesamte Gebiet sinnvollerweise gefordert werden würde.

Herr Pluschkell merkt an, dass es auf der mittleren Wallhalbinsel viele Zukunftsprojekte gäbe (Mehrzweckhalle, Stadtgrabenbrücke, Archiv, usw.), sodass der südliche Bereich mit einbezogen werden solle.

Frau Koretzky erläutert, dass die mittlere Wallhalbinsel wahrscheinlich ein eigenes Fördergebiet abgeben würde und eine Zusammenlegung mit der Roddenkoppel vom Land nicht genehmigt werden würde.

Herr Schröder ergänzt, dass das Programm Stadtumbau West inhaltlich insbesondere auf die Revitalisierung von Branchen ausgerichtet sei. Dies träfe auf die mittlere Wallhalbinsel weniger zu.

Herr Ramcke möchte wissen, ob es bezüglich des ehemaligen Schlachthofgeländes eine Empfehlung seitens der Verwaltung gäbe.

Frau Koretzky erklärt, dass sich dieses Gebiet in Privathand befände. Sie schlägt vor, dem Bauausschuss mögliche Wettbewerbsszenarien in einer gesonderten Vorlage mit einer Empfehlung der Verwaltung vorzulegen.

Herr Howe sieht es ebenfalls als schwieriges Unterfangen an, zuerst den Wettbewerb durchzuführen und erst dann die VU.

Herr Schröder verweist auf die damit verbundenen Abläufe, die bedeuten, dass der Wettbewerb dann erst in zwei bis drei Jahren durchgeführt würde.

Frau Hagen merkt an, dass der vorgezogene Wettbewerb zusätzliche Impulse im Stadtteil setzen würde, auch wenn die Stadt den Wettbewerb selber finanzieren müsse. Sollte erst die VU und dann der Wettbewerb stattfinden, wäre dies zwar auch ein gangbarer Weg, die Verwaltung habe sich aber entschieden, den Impuls in den Stadtteil bringen zu wollen.

Frau Mählenhoff möchte wissen, welche Verbindlichkeit ein Wettbewerb bei der weiteren Umsetzung habe.

Frau Koretzky führt aus, dass es sich um einen Ideenwettbewerb handelt, der sicherlich in den Grundzügen übernommen werde, sich im Detail aber weiter qualifizieren müsse.

Herr Pluschkell sieht mehr Vorteile wenn erst die VU und dann der Wettbewerb stattfinden. Es stehen dann Fördermittel zur Verfügung, so dass die Stadt Geld spare und es werde keinen Wettbewerb geben, in dem viele Träumereien verwirklicht werden sollen.

Herr Müller-Horn sieht es als Problem an, wenn das Wettbewerbsergebnis in das erst später feststehende Entwicklungskonzept eingefügt werden müsse.

Herr Ramcke sieht es als sinnvoll an, den Vorschlag der Verwaltung aufzunehmen und das geringe Risiko einzugehen, zumal der angezeigte Zeitkorridor als machbar erscheine.

Auch Frau Mählenhoff sieht es als sinnvoll an, jetzt mit der Umsetzung zu beginnen.

Herr Howe sieht auch keinen Zeitverlust, wenn zuerst die VU gemacht werde und dann der Wettbewerb.

Herr Pluschkell stellt den Antrag, die Fläche um den südlichen Teil zu erweitern.

Frau Mählenhoff stellt den Antrag den Wettbewerb vorzuziehen und 2019 mit der Maßnahme zu beginnen

Herr Müller-Horn stellt den Antrag die VU vor dem Wettbewerb durchzuführen.

Herr Dr. Brock merkt an, dass die Anträge aus seiner Sicht negative Auswirkungen auf das gesamte Verfahren hätten.

Herr Pluschkell beantragt eine Unterbrechung.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung (17:23 Uhr).

Nach Beendigung der Unterbrechung führt der Vorsitzende die Sitzung weiter fort (17:30 Uhr).

Herr Pluschkell merkt an, dass er seinen Antrag zurückziehe.

Frau Hagen sagt auf Bitte von Herrn Lötsch zu, dass die Reihenfolge bezüglich der VU und des Wettbewerbs in dieser Vorlage ausgeklammert werde und es hierzu eine gesonderte Vorlage geben werde, so dass hier und heute erst einmal der vorliegende Antrag auf die Aufnahme beschlossen werden könne.

Frau Mählenhoff zieht ihren Antrag zurück.
Herr Müller-Horn zieht seinen Antrag zurück.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschluss:

Für die Gesamtmaßnahme Lübeck Nord-West wird ein Antrag auf Aufnahme in das Städtebauförderprogramm Stadtumbau West gestellt. Die Reihenfolge bezüglich der VU und des Wettbewerbs wird in einer gesonderten Vorlage geklärt.

<p>zu 3.3 Mittelbereitstellung für den Bau einer Interimsschule (Kalandschule) auf der Huxwiese Vorlage: VO/2019/07249</p>
--

Frau Jannsen präsentiert und erläutert den aktuellen Sachstand.

Herr Lötsch möchte wissen, welche Haltbarkeit diese Modulschule habe.

Frau Jannsen merkt an, dass dies rund 30 bis 40 Jahre wären und die Modulschule auch nur einmal umgesetzt werden könne.

Herr Ramcke möchte wissen, warum nicht die komplette Kalandschule in das Schulgebäude am Falkenplatz umziehe und die VHS sich für den Zeitraum auf mehrere Flächen in der Hansestadt verteile.

Herr Bunk erläutert, dass dieses Thema mit dem Fachbereich 4 diskutiert wurde und eine

Dezentralisierung der VHS keine Option gewesen sei. Aus Sicht des Fachbereiches 4 bestand u.a. die Sorge, dass sich keine Dozenten bei einer weiträumigen Verteilung auf das Stadtgebiet finden würden und die Teilnehmerzahlen zurückgingen.

Herr Ramcke möchte wissen, ob die Kapazität des Gebäudes der VHS so groß sei, dass die gesamte Kalanderschule dort untergebracht werden könnte.

Herr Bunk führt aus, dass dies im Verfahren nicht abschließend geprüft wurde, da die Variante aus vorgenannten Gründen keine Option sei.

Frau Hagen weist darauf hin, dass das neue Quartier am Geniner Ufer mit Nachdruck entwickelt werden solle, und dort auf jeden Fall ein Bedarf an einer vierzügigen Grundschule bestehe.

Herr Wienck teilt mit, dass er kein Freund von Modulbauschulen sei und möchte den Unterschied zu einer Containerschule wissen.

Frau Jannsen erläutert ihm dies.

Herr Leber hinterfragt den Unterschied zwischen Modulbau und Massivbau und merkt an, dass der Baukörper, der nicht mehr veränderbar sei, sich nicht unbedingt in das Areal am Geniner Ufer einpassen würde und dort dann wie ein Fremdkörper erscheinen könnte.

Frau Jannsen erklärt, dass die Kosten eines Modulbaus geringer als die eines Massivbaus seien, was natürlich auch abhängig von der Qualität des Ausbaus sei.

Herr Lötsch möchte wissen, ob die Modulbauweise eine freie Planung der Hansestadt Lübeck sei oder aus dem Katalog.

Frau Jannsen merkt an, dass diese freie Planung mit dem Bereich Schule und Sport und der Kalanderschule im Vorwege abgestimmt sei. Dies auch im Hinblick auf eine spätere Verwendung als 4-zügige Schule am Geniner Ufer. Ebenfalls sei eine Vorabstimmung mit dem Bereich Stadtplanung und Bauordnung erfolgt.

Herr Müller-Horn sehe es auch lieber, dass die Schüler der Kalanderschule in dem Gebäude am Falkenplatz untergebracht werden, als dass auf der Huxwiese ein Neubau entstünde.

Herr Lötsch merkt an, dass es unglücklich sei, dass der Schul- und Sportausschuss erst nach dem Bauausschuss tagte und das Ergebnis von dort hier in die Entscheidung nicht einfließen könne. Herr Lötsch möchte weiter wissen, ob das Schieben der Maßnahmen an den Schulen auf Marli und Kücknitz mit dem Bereich Schule und Sport abgestimmt sei.

Herr Bunk führt aus, dass bei der Schule auf Marli eine umfassendere Planung erforderlich sei und im weiteren Entwicklungsprozess die Planungsergebnisse angepasst werden müssen. Bei der Schule in Kücknitz müsse ein VgV-Verfahren durchgeführt werden, wofür die finanziellen Mittel aber trotzdem vorhanden seien. Es wurde lediglich die Umsetzung zeitlich nach hinten verschoben.

Herr Luetkens möchte wissen, wo die Nutzer der bisherigen Fläche auf der Huxwiese nun bleiben könnten.

Herr Bunk klärt auf, dass ein Teil der öffentlichen Fläche als solche nutzbar bliebe, allerdings deutlich kleiner als im heutigen Zustand.

Herr Luetkens möchte weiter wissen, was die Nutzer des Bolzplatzes am Brink dazu sagen, dass der Platz temporär als Ausweichfläche für Veranstaltungen genutzt werde.

Herr Bunk verweist darauf, dass dies momentan der einzige Standort sei, der kurzfristig für die bereits bestehenden beiden Buchungen zur Verfügung stünde. Der Bereich Stadtgrün und Verkehr und die LTM seien bemüht, geeignete Alternativflächen zur Huxwiese für Sonderveranstaltungen zu finden.

Herr Lötsch möchte wissen, ob schon bekannt sei, was der Neuaufbau der Modulschule am Geniner Ufer koste.

Beschluss:

Mit der Umsetzung der Umbaumaßnahme in der Aula des Katharineums (Einbau Lüftungsanlage, Erneuerung Beleuchtung) wird begonnen.

**zu 3.6 Aufhebung eines im Finanzplan/Investitionstätigkeiten im Haushaltsjahr 2019 bestehenden Sperrvermerkes, außerplanmäßige Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2019 sowie Projektfreigabe der Baumaßnahme Werkplatz Vorwerker Friedhof
Vorlage: VO/2018/06374**

Herr Müller-Horn merkt an, dass er bei seiner Berechnung (4.000 Euro/m² bei 343m² des Verwaltungsgebäudes und 500 Euro/m² bei 825m² für die Halle) eine Kostendifferenz von ca. 1 Mio. Euro habe.

Herr Bunk führt aus, dass die ermittelten Kosten mit rund 1.400 Euro/m² NF für die KG 300 + 400 nicht hochpreisig seien.

Herr Müller-Horn bittet darum, die Quadratmeterpreise für alle Kostengruppen mit anzugeben.

Herr Bunk führt aus, dass er diese geforderten Zahlen den Mitgliedern des Bauausschusses per Mail zusenden werde.

Herr Müller-Horn beantragt eine Vertagung der Vorlage.

Herr Lötsch möchte wissen, ob eine Verzögerung durch eine Vertagung um einen Monat negative Auswirkungen hätte.

Herr Bunk erläutert, dass die Planungen rund zwei Monate später beginnen würden, da dann erst eine Entscheidung durch die Bürgerschaft am 23.05.2019 fallen könne und nicht schon am 28.03.2019.

Frau Haltern möchte wissen, ob die auf der Seite 4 der Vorlage beschriebene Belastung der Verpflichtungsermächtigung des Gründungsviertels abgestimmt sei.

Herr Bunk führt aus, dass dies mit dem Bereich Haushalt und Steuerung abgestimmt sei.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag von Herrn Müller-Horn abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für eine Vertagung: 5 Stimmen

Gegen eine Vertagung: 8 Stimmen

Enthaltungen: 2 Stimmen

Der Bauausschuss lehnt eine Vertagung der Vorlage mehrheitlich ab.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 9 Stimmen

Gegen die Vorlage: 2 Stimmen

Enthaltungen: 4 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt mehrheitlich gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschluss:

Der bei dem Produktsachkonto Friedhofs- u. Bestattungswesen 553001 029.7851000 Hochbaumaßnahmen bestehende Sperrvermerk gem. §12 Abs.2 GemHVO-Doppik für das Haushaltsjahr 2019 wird aufgehoben. Die Haushaltsmittel in Höhe von 1.550.000,- EUR werden gleichzeitig freigegeben.

Im Haushaltsjahr 2019 wird für das Projekt eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,14 Mio. EUR zu Lasten des Haushaltsjahres 2020 gem. § 95 f (1) i.V.m. § 95 d (1) Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein außerplanmäßig zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt aus der Verpflichtungsermächtigung auf dem Produktsachkonto 541001.728.7852000 - Gründungsviertel.

Nach Aufhebung des Sperrvermerkes soll mit der Ausführungsplanung/Ausschreibung und Umsetzung der vorgesehenen Maßnahme begonnen werden.

zu 3.7 Projektfreigabe für die Neugestaltung der Mengstraße, 1. BA 2019/2020 Vorlage: VO/2019/07296

Herr Drever erläutert die geplante Maßnahme anhand der Übersichtspläne der Anlagen der Vorlage.

Frau Mählenhoff möchte wissen, warum dort graphisch ein LKW dargestellt sei und dementsprechend der Straßenquerschnitt so groß ausgelegt werde.

Herr Drever erläutert, dass in der Straße ein Getränkehandel angesiedelt sei und auch mögliche Lieferverkehre berücksichtigt werden müssen.

Frau Mählenhoff möchte weiter wissen, ob eine Shared-Space-Fläche vorgesehen sei. Herr Drever führt aus, dass eine Mischfläche durch die Straßenverkehrsbehörde nicht angeordnet werde. Es solle daher zunächst beim einseitigen Längsparken bleiben.

Frau Mählenhoff möchte noch wissen, was mit dem herausgenommenen Pflaster geschehe. Herr Drever erklärt, dass dies geschnitten und dann wieder eingesetzt werde.

Herr Pluschkell merkt an, dass gerade im unteren Bereich der Mengstraße kulturelle Nutzungen seien und möchte wissen, ob es geplant sei, im Zusammenhang mit dem Konzept Lübeck überMORGEN dieses zu ändern.

Frau Hagen erläutert, dass die Hansestadt Lübeck auf das durch die Stadtwerke Lübeck und Lübeck Netze geplante Bauvorhaben aufgesprungen sei. Bereits im letzten Jahr wurde hierzu im Bauausschuss berichtet.

Frau Wulke-Eichenberg führt ergänzend aus, dass die Zusammenarbeit mit den Leitungsträgern auch eine Verbesserung für die dortigen Anwohner bedeute, weil dadurch die gesamte Baumaßnahme verkürzt werden könne.

Herr Leber sieht auch den unteren Teil der Mengstraße als hochsensiblen Bereich mit den großen erhaltenen Kaufmannshäusern, der eine große Anzahl von Touristen und auch Einheimischen anziehe. In diesem Bereich bestünde eine große Aufenthaltsqualität.

Herr Pluschkell stellt den Antrag, dass im Bereich der Einmündungen und Kreuzungen durch Wegfall von Parkplätzen eine Aufweitung des Straßenraumes geschaffen werde.

Herr Müller-Horn stellt den Antrag, dass das einseitige Parken im Bereich der unteren Mengstraße aufgehoben werde.

Herr Luetkens möchte wissen, warum es keine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

gegeben habe, obwohl dort in dem Bereich ein Jugendzentrum sei.

Herr Drever erläutert, dass grundsätzlich bei Straßenbaumaßnahmen keine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erfolge.

Nachrichtlich zur Niederschrift: Es erfolgte eine umfassende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Aufstellung des Rahmenplans Innenstadt.

Herr Pluschkell möchte wissen, wie groß der Kostenunterschied von geschnittenem Pflaster zu normalem Pflaster sei und ob die Möglichkeit bestünde, nur im Fahrbahnbereich geschnittenes Pflaster zu nehmen und dort, wo geparkt werde, normales Pflaster.

Herr Drever beziffert die Mehrkosten mit rund 100.000 Euro.

Frau Blankenburg möchte wissen, ob sich die Anzahl der Fahrradbügel verändere.

Frau Hagen merkt an, dass diese Anforderungen an das Abstellen der Fahrräder berücksichtigt werde.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Müller-Horn abstimmen, dass das einseitige Parken im unteren Bereich der Mengstraße aufgehoben werde.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag: 6 Stimmen

Gegen den Antrag: 9 Stimmen

Der Bauausschuss lehnt den Antrag von Herrn Müller-Horn mehrheitlich ab.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Pluschkell abstimmen, dass im Bereich der Einmündungen und Kreuzungen durch Wegfall von Parkplätzen eine Aufweitung des Straßenraumes geschaffen werde.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag: 14 Stimmen

Enthaltungen: 1 Stimme

Der Bauausschuss stimmt dem Antrag von Herrn Pluschkell einstimmig zu.

Der Vorsitzende lässt über die geänderte Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die geänderte Vorlage: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß des geänderten Beschlussvorschlages zu beschließen.

Beschluss:

Die Projektfreigabe für die Neugestaltung der Mengstraße zwischen der Untertrave und der Blocksquerstraße wird vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes 2019 erteilt.

zu 4 Mitteilungen und Berichte

zu 4.1 Mitteilungen des Vorsitzenden

zu 4.2 Sonstige Mitteilungen und Berichte

zu 4.2.1 Mündliche Mitteilung (5.610): Aktueller Sachstand B-Planverfahren Volksfestplatz

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

zu 4.2.2 Mündlicher Bericht (5.610): Stadtteilveranstaltungen LÜBECK überMORGEN

Herr Stolte präsentiert die geplanten Stadtteilveranstaltungen zu LÜBECK überMORGEN und beantwortet Fragen aus der Politik.

Herr Lötsch begrüßt die Durchführung der geplanten Veranstaltungen, kritisiert jedoch, dass die Veranstaltungen zu einer Tageszeit beginnen, an der Arbeitnehmer nicht teilnehmen können. Weiterhin sollten örtliche Stadtteilrunden und Vereine eingebunden werden.

Der Bauausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

zu 4.2.3 Feste Fehmarnbeltquerung - übergesetzliche Schutzforderungen Vorlage: VO/2019/07236

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

**zu 4.2.4 Mündlicher Bericht (5.610):
Grundlagen der Städtebauförderung**

Der mündliche Bericht zu den Grundlagen des Städtebaus wurde unter TOP 3.2 bei der Vorlage zum „Antrag auf Aufnahme in das Städtebauförderprogramm Stadtumbau West mit der Gesamtmaßnahme Lübeck Nord-West“ im Zuge der dort gezeigten Präsentation mit abgedeckt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 4.2.5 Mündliche Mitteilung (5.660):
Änderung des Radweges in Schlutup (Wesloer Straße)**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses verlagert.

**zu 4.2.6 Planung von Feuerwehrgerätehäusern in Groß Steinrade und Kronsforde
Vorlage: VO/2019/07238**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses verlagert.

**zu 4.2.7 Diskussion zum TOP 9.4 (VO/2019/07280 - Anmietung: Königstraße 49-57,
Fleischhauerstraße 31-37 und Dr.-Julius-Leber-Straße 26-38 - Königpassage)
in öffentlicher Sitzung**

Herr Ramcke möchte wissen, welche Alternativen seitens der Verwaltung geprüft worden seien und ob der Politik auch noch eine Bedarfsplanung vorgestellt werde. Er möchte auch wissen, ob das Gebäude überhaupt für Büroflächen geeignet sei.

Frau Mählenhoff möchte wissen, warum nun der gesamte Fachbereich 3 umziehen solle, zumal ursprünglich gesagt worden sei, dass nur das Bürgerbüro in die Passage ziehen solle. Sie möchte auch wissen, warum nicht temporär für den Umbau der Dr.-Julius-Leber-Straße Container oder Module genutzt werden.

Herr Müller-Horn sieht hierbei noch erheblichen Beratungsbedarf, da es sich um eine Maßnahme handelt, die sich über einen Zeitraum von 10 Jahren erstrecke.

Frau Mählenhoff ergänzt noch, dass sie eine Ortsbesichtigung für sinnvoll halte.

Herr Groth führt folgendes aus: Die Verwaltung habe bis 2020 einen zusätzlichen Raumbedarf für rund 230 neue Mitarbeiter, wovon schon alleine 90 im Verwaltungszentrum Mühlen- tor (VZM) untergebracht werden müssten. Darüber hinaus sei in den jetzigen Räumlichkeiten der Dr.-Julius-Leber-Straße kein normaler Bürgerservice möglich, da hier auch in keinsten Weise eine Barrierefreiheit gegeben sei.

Im gesamten Komplex der Dr.-Julius-Leber-Straße seien Brandschutzmaßnahmen erforderlich und der anzumietende Bereich in der Königspassage stehe schon seit langer Zeit leer, liege in zentraler Lage, sei komplett barrierefrei zu erreichen und habe direkt vor der Tür eine Haltestelle des ÖPNV. Darüber hinaus habe die Hansestadt Lübeck eine standortpolitische Verantwortung.

In der Königspassage werden die zu damaliger Zeit zugebauten Fenster wieder geöffnet, so dass alle Punkte der Arbeitsstätten Verordnung und des Brandschutzes eingehalten werden. Nach dem Leerzug in der Dr.-Julius-Leber-Straße könne dort umfangreich saniert werden und ggf. unter Zukauf und Abriss des dortigen Bunker eine Neugestaltung realisiert werden. Auf der gesamten Altstadtinsel gäbe es zudem keine alternative in der hier notwendigen Größenordnung.

Eine Container- oder Modulnutzung als Zwischenlösung komme schon deshalb nicht in Frage, da es hierfür keinen geeigneten Standort gäbe.

Herr Lötsch möchte wissen, ob nur Flächen auf der Altstadtinsel geprüft worden seien, was Herr Groth ihm bestätigt.

Herr Lötsch möchte weiter wissen, ob 100% der anzumietenden Flächen auch für die Verwaltung nutzbar seien.

Herr Groth führt aus, dass sämtliche Büroräume durch Tageslicht erhellt werden und nur Registratur oder andere Ablageflächen ohne Fenster ausgestattet seien.

Herr Ramcke empfindet es als unglücklich, dass er hier eine Entscheidung für die nächsten 10 Jahre treffen solle und heute hier erstmalig etwas über die Bedarfsplanung gehört habe.

Herr Groth merkt an, dass dies alles in Abstimmung mit dem Mitarbeitern und dem Personalrat erfolgt sei.

Frau Kemke, die vom Bauausschuss Rederecht erhält, erläutert, dass diese Räumlichkeiten in der Königspassage seit Juli 2012 leer stünden, und sich die Verwaltung sehr viele und gute Gedanken hierzu gemacht habe. Sie befürwortet ausdrücklich das geplante Vorgehen.

Herr Wienck sieht eine Anmietung ebenfalls als positiv an, da dadurch eventuell auch wieder andere Mieter sich dort niederlassen könnten.

Herr Howe sieht dies als wichtigen Schritt, um die Innenstadt zu stärken und begrüßt, die Einbeziehung des Personalrats. Für ihn sei es nicht wichtig, dass die Politik in die verwaltungsinterne Raumplanung mit einbezogen werde. Wichtig sei es, wie die Verwaltung sich nach außen präsentiere.

Frau Wulf-Wiechmann merkt an, dass eine Anmietung der Immobilie, im Seniorenbeirat durchweg auf positives Feedback gestoßen sei, da dies ein guter Standort werden könne.

Frau Hagen unterstreicht noch einmal, den durch die Anzahl der neuen Mitarbeiter entstehenden Handlungsdruck der Verwaltung und merkt an, dass ein Verbleib der Fachbereiche 2 und 4 im VZM von dort auch als sinnvoll angesehen werde, weil eine fachliche Vernetzung bestehe.

Herr Lötsch möchte wissen, ob es andere leerstehende Gebäude oder aber auch eigene leerstehende Räumlichkeiten auf der Altstadtinsel gäbe, was Herr Bunk verneint.

Herr Knust sieht es auch als positiv an, dass in der Königspassage wieder ein Stück weit Ordnung einkehrt.

Herr Leber bemängelt ebenfalls, dass es seitens der Verwaltung keine Informationen bezüglich der Raumplanung an die Politik gegeben habe.

Herr Pluschkell möchte wissen, ob es ein Gesamtplanungskonzept der Hansestadt Lübeck gäbe, und wenn ja, ob dies dann auch im Bauausschuss und im Hauptausschuss vorgestellt werde.

Herr Groth sagt zu, wenn es dies geben werde, werde hierzu auch eine Vorstellung in den Gremien erfolgen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.3 Ankündigung von Öffentlichkeitsbeteiligung

zu 4.4 Mitteilungen zum Beginn von Ausschreibungen

Frau Wulke-Eichenberg teilt ergänzend zur Niederschrift mit, dass nach Beschluss durch den Hauptausschuss mit folgenden Ausschreibungen begonnen werde:

- Jahresvertragsarbeiten Straßenunterhaltung
- DSK- Maßnahmen auf Hauptverkehrsstraßen
- DSK-Maßnahmen auf Nebenstraßen

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.5 Eilentscheidungen des Bürgermeisters

zu 5 **Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes**

zu 5.1 **Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen**

5.1.1 Grundstück Forstmeisterweg 83 (Herr Müller-Horn) – 5.610

TOP 5.2.6 am 04.03.2019 – VO/2019/07285

Im Stadtteil St. Gertrud steht seit ca. einem Jahr das Gebäude des ehemaligen Supermarktes „Topkauf“ leer. In diesem Zusammenhang wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

- a) Welche Nutzung ist auf dem Grundstück Forstmeisterweg 83, ehemals Supermarkt „Topkauf“, geplant?
- b) Liegt bereits ein Bauantrag bzw. eine Baugenehmigung vor?

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort am 18.03.2019:

Zur Richtigstellung: der Supermarkt „Topkauf“ befindet sich auf dem Grundstück Forstmeisterweg 81. Auf dem Grundstück Forstmeisterweg 83 befinden sich die Tankstelle und das Hochhaus.

- a) Auf dem Grundstück Forstmeisterweg 81 ist der Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses mit drei gewerblichen Nutzungseinheiten im Erdgeschoß und 1. Obergeschoß, 2. Obergeschoß und Staffelgeschoß mit insgesamt 19 Wohnungen geplant.
- b) Für die unter a) benannte Planung liegt eine positiv beschiedene Bauvoranfrage vor.

Der Bauausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

5.1.2 Öffentliches WC im Stadtpark (Herr Howe) – 5.610

TOP 5.2.8 am 04.03.2019

Herr Howe möchte wissen, ob es bereits einen Bauantrag für ein öffentliches WC im Stadtpark gäbe, und wenn ja, ob dieser bereits genehmigt sei und wo sich der Standort befände.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort am 18.03.2019:

Der Bauantrag ist bereits gestellt.

Gemeinsam mit dem Bereich Stadtgrün und Verkehr (5.660) wurde als Standort der Grünstreifen Ecke Parkstraße/ Adolfplatz festgelegt. Die Toilette wird auf der rechten Straßenseite (stadteinwärts) aufgestellt. Diese Stelle hat die Vorteile, dass sich auf dieser Höhe ein Zugang zum Stadtpark in der Nähe des Bouleplatzes befindet und die Kinder des angrenzenden Spielplatzes diese nutzen können, ohne die Straße zu queren. Zudem sind dort die notwendigen Anschlüsse möglich.

Der Bauausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

5.1.3 Neue Mitte Moisling (Herr Pluschkell) – 5.610

TOP 5.2.3 am 04.03.2019 – VO/2019/07277

Hinsicht der Planungen für die „Neue Mitte“ in Moisling frage ich:

Wie lautet der Ausschreibungstext für den städtebaulichen Wettbewerb der „Neuen Mitte“?

Wird bei der Ausschreibung der „Neuen Mitte“ darauf geachtet, dass die derzeit vorhandenen 136 Wohneinheiten im Kiwittredder adäquat ersetzt werden? Was für Wohnformen oder Wohnmodelle sind dort geplant?

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort am 18.03.2019:

Die Auslobung für den vorgesehenen städtebaulich-freiraumplanerischen Realisierungswettbewerb für die „Neue Mitte Moisling“ befindet sich zurzeit in der inhaltlichen Endabstimmung. Vor Verfahrensstart ist eine abschließende Zustimmung des Fördermittelgebers einzuholen.

Der Auslobungstext eines Wettbewerbs darf aufgrund der geltenden Vorgaben nach RPW 2013 nicht vor Verfahrensstart veröffentlicht werden, um insbesondere die definierten Grundsätze der Gleichbehandlung von Bewerbern/Teilnehmern nicht zu verletzen.

Zum aktuellen Sachstand der städtebaulichen Gesamtmaßnahme Moisling ist für das erste Halbjahr 2019 ein Bürgerschaftsbericht vorgesehen, in dem Bezug auf Schlüsselprojekte und Einzelmaßnahmen genommen wird. In diesem Zusammenhang werden die inhaltlichen Rahmenbedingungen und Zielsetzungen des Wettbewerbs zur „Neuen Mitte Moisling“ dargestellt.

Zu berücksichtigen ist, dass als übergeordnete Zielsetzung für die „Neue Mitte“ die Schaffung eines Stadtteilzentrums gilt, in dem sich zentrale und öffentliche Funktionen konzentrieren. Dazu gehören insbesondere die Stärkung des zentralen Nahversorgungsbereiches und der öffentlichen sozialen Infrastruktur, die Bereitstellung von (öffentlichen) Dienstleistungsangeboten („Stadtteilhaus“ und andere), sowie die Realisierung von Aufenthaltsflächen (Stadtteilplatz) und neuen Anbindungen (u.a. an den Bahnhofpunkt) – aber auch die Schaffung von neuem Wohnungsbau bzw. die Anpassung des Wohnbestands.

Als inhaltliche Anforderung an den Wettbewerb wird die Schaffung von unterschiedlichen Wohnungsgrößen und -typen definiert. Der Fokus ist jedoch auf überwiegend kleine Wohnungen zu legen. Auf der städtebaulichen Ebene des Wettbewerbs sind noch keine weiterführenden Aussagen zu Wohnformen oder Wohnmodellen zu erwarten.

Eine exakte Vorgabe zur Schaffung von neuen Wohneinheiten – u.a. analog zu den vorhandenen 128 WE im Teilbereich Kiwittredder – gibt es in Abstimmung mit der Eigentümerin, der Grundstücks-Gesellschaft TRAVE, nicht. Die Anzahl der neu zu schaffenden WE wird von der konzeptionellen Ausrichtung abhängen und ob im Rahmen des Wettbewerbs auf den Teilflächen Lösungen zur Bestandsaufwertung entwi-

ckelt werden oder stattdessen Neubauten vorgesehen sind. Im Wettbewerb wird herausgestellt, dass im zu entwickelnden Gesamtkonzept für ein funktionierendes Stadtteilzentrum das Wohnen in einem angemessenen Umfang und geeigneter Art und Weise zu berücksichtigen ist.

Der Bauausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

5.1.4 Geländer neben dem Radweg auf der Rampe zur Querung der B207 (Herr Löttsch) – 5.660

TOP 5.2.1 am 04.03.2019 – VO/2019/07255

Der vorhandene Radweg zwischen Wulfsdorf und dem Flughafen verläuft parallel zur Straße. B207 und Bahnlinie HL - RZ werden mittels einer Brücke überquert. Auf der Rampe zur Brücke war der Radweg zum Wulfsdorfer Weg hin mit einem Holzgeländer abgesichert. Dieses ist alterungsbedingt und durch Vandalismus inzwischen fast vollständig zerstört. Es besteht die Gefahr, dass unsichere Radfahrer und/oder Kinder, sofern sie von dem schmalen Radweg abkommen, die Rampe in Richtung Wulfsdorfer Weg hinunterstürzen und sich erhebliche gesundheitliche Schäden zuziehen können. Die Verkehrssicherheit des Radweges ist somit nicht mehr gegeben. Es besteht somit die Notwendigkeit, hier kurzfristig Abhilfe zu schaffen.

Warum ist bisher das seitliche Geländers neben dem Radweg auf der Rampe zur Querung der B207 und der Bahnstrecke Lübeck-Ratzeburg nicht erneuert worden?

Wann ist die Erneuerung vorgesehen?

Wird es zukünftig aus Metall hergestellt?

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort am 18.03.2019:

Das Holzschutzgeländer neben dem Radweg im Bereich Wulfsdorfer Weg / Blankenseer Straße (Überführung über die B207) wurde bereits letzten Jahr zeitgleich mit der Erneuerung der Holzschutzgeländer im Bereich Schanzenbergweg / Söllbrock (Überführung über die B207) beauftragt. Dabei wurde das alte abgängige Holzschutzgeländer zurück gebaut und durch 1,30 m hohe verzinkte Verkehrsschutzgitter mit einem Handlauf und zwei Querstreben ersetzt. Die letzten Arbeiten wurden im Januar 2019 abgeschlossen. Die Verkehrssicherheit des Radweges ist somit wieder voll und ganz gegeben.

Es wurden insgesamt erneuert:

Schanzenbergweg/ Söllbrock:

350 laufende Meter Ausbau Holzschutzgeländer / Einbau von verzinkten Verkehrsschutzgittern

Wulfsdorfer Weg/ Blankenseer Straße:

250 laufende Meter Ausbau Holzschutzgeländer / Einbau von verzinkten Verkehrsschutzgittern

Der Bauausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

5.1.5 Radweg Travemünder Allee - Baumfällungen (Herr Howe) – 5.660

TOP 5.2.9 am 04.03.2019

Herr Howe spricht die Baumaßnahme (Radweg) in der Travemünder Allee an, zu deren Umsetzung die Fällung eines Baumes im Bereich der Eschenburgstraße notwen-

dig sei. Nun wurden aber bereits in dem Abschnitt drei Bäume gefällt. Er möchte hierzu wissen, ob diese Fällung im Zusammenhang mit der Baumaßnahme stehe oder ob diese Bäume aufgrund von Krankheiten gefällt werden mussten.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort am 18.03.2019:

Um das Bauvorhaben „Ausbau des Zweirichtungsradweg in der Travemünder Allee“ realisieren zu können, war die Fällung von insgesamt vier Bäumen notwendig: Einer Linde im Bereich der Mittelinsel in Höhe der Einmündung am Gertrudenkirchhof und drei Eichen in der Grünfläche zwischen der Travemünder Allee und Eschenburgstraße.

Durch die Fällung der Einzelbäume kann der Abstand zwischen der vorhandenen Baumallee und neuem Radweg vergrößert werden, um zukünftig Baumwurzelaufbrüche im Radweg zu vermeiden und den Lebensraum der Baumallee zu verbessern.

Die Baumfällung ist im Februar 2019 ausgeführt worden.

Der Bauausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**5.1.6 Werbetafel Ziegelstraße / Padelügger Weg (Frau Blankenburg) – 5.610 / 5.660
TOP 5.2.10 am 04.03.2019**

Frau Blankenburg möchte wissen, ob die Werbetafel auf der Mittelinsel im Bereich Ziegelstraße / Padelügger Weg den Verkehr durch Blendung oder Ablenkung beeinträchtigt.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort am 18.03.2019:

Die Ziegelstraße soll noch in diesem Jahr eine neue Decke und Markierungen erhalten. In diesem Zusammenhang ist auch ein Rückbau der Mittelinsel vorgesehen, auf der die Werbeanlage steht. Ein Versetzen der Anlage wird dadurch notwendig, ein Ersatzstandort wird abgestimmt.

Der Bauausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**5.1.7 Aktueller Stand der B-Pläne in Bearbeitung (Herr Leber) – 5.610
TOP 5.2.5 am 18.02.2019 – VO/2019/07166**

In der Sitzung des Bauausschusses vom 03.09.2018 gab es einen mündlichen Bericht zu den Bebauungsplänen in Bearbeitung. Seitdem ist nahezu ein halbes Jahr vergangen. Vieles ist passiert. Viele neue Entscheidungen wurden getroffen. Diese könnten Einfluss auf die Priorisierung haben.

Wie sieht der aktuelle Stand der Bebauungspläne in der Bearbeitung aus? Kann die bestehende Übersicht einmal überprüft und ggf. fortgeschrieben werden? Etwaige Veränderungen sind einzuarbeiten.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort am 18.03.2019:

Die Präsentation zum o.g. mündlichen Bericht im Bauausschuss am 03.09.2018 ist am 04.09.2018 den Bauausschussmitgliedern zugesandt worden.

Die in der Präsentation gelisteten Verfahren befinden sich weiterhin in Bearbeitung. Neu in die Bearbeitung aufgenommen wurde die Erstellung der Satzung zum Ausschluss gewerblicher Ferienwohnungen.

Die für die Projekte im Wartestand vorgenommene Empfehlung für die Bearbeitungsreihenfolge ist im Wesentlichen weiterhin gültig. Ob das in der Priorität nach vorne gesetzte Verfahren zur Nachnutzung der ehemaligen gewerblichen Fläche in Schlutup (Kühnefläche) auch prioritär aufgenommen werden kann, hängt jedoch auch von dem Interesse eines Entwicklers ab.

Nach vorne gerückt in der Priorität ist das Verfahren zur Nachnutzung der städtischen Grünfläche am Marie-Juchacz-Weg, da ein dringlicher Bedarf für eine Kita im Stadtteil St. Lorenz Nord besteht.

Der Bauausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

5.1.8 Verlegung Moorbek in Travemünde (Frau Haltern) – 5.660

TOP 5.2.8 am 18.02.2019

Frau Haltern möchte wissen, ob im Zuge der Umgestaltung des Fischereihafens in Travemünde, die Verlegung der Moorbek eine Verkehrslenkung notwendig mache, und wenn ja von welcher Bauzeit müsse ausgegangen werden und wie sehe diese Verkehrslenkung aus.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort am 18.03.2019:

Bei der Moorbek handelt es sich um eine verrohrten Bach, der von der Travemünder Landstraße kommend den alten Parkplatz Baggersand unterquert und dann in der Straße Auf dem Baggersand verlaufend einen Anschluss in Richtung Trave hat.

Im Zuge der Bebauung des alten Parkplatzes muss die Moorbek daher umverlegt werden. Ein Großteil der Arbeiten dazu findet außerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen statt. Innerhalb des öffentlichen Verkehrsraumes der Straße Auf dem Baggersand müssen dann u.a. die Anschlüsse neu hergestellt werden. Die genaue Bauzeit und der Umfang der Verkehrseinschränkung kann derzeit noch nicht benannt werden. Voraussichtlich werden die Verkehre während eines Zeitraumes von etwa vier Wochen in der Zeit von Juli bis August 2019 mittels Baustellen-LSA einspurig an der Baustelle vorbeigeführt.

Der Bauausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 5.2.1 Anfrage Lötsch (CDU): Planungsstand Straße "Kirschenallee" / "An den Schießständen"
Vorlage: VO/2019/07331

Anfrage:

Wie ist der aktuelle Planungsstand bezüglich des Radweges an der Straße „Kirschenallee“ / „An den Schießständen“.

Abschließende Antwort:

Ab April 2019 ist die Wiederaufnahme der Planungen vorgesehen mit dem Ziel, bis Jahresende 2019 die Ausführungsplanung und Ausschreibungsunterlagen fertig zu stellen. Mit der Freigabe des investiven Haushaltes im Frühjahr 2020 soll bis zum Herbst 2020 der 1. Bauabschnitt baulich umgesetzt werden. Der weitere Ausbau der Straße „An den Schießständen“ und der Ausbau der „Kirschenallee“ ist derzeit nicht mehr Bestandteil des städtischen Haushaltes.

Der Bauausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 5.2.2 Anfrage Lötsch (CDU): Planungsstand Umbau / der Sanierung der Ratzeburger Allee
Vorlage: VO/2019/07332

Anfrage:

Wie ist der aktuelle Planungsstand bezüglich des Umbaus / der Sanierung der Ratzeburger Allee?

Abschließende Antwort:

Seitens des Beirates Stadtgrün und Verkehr war eine Deckensanierung im Bereich zwischen Mühlentorteller und Wakenitzbrücke vorgesehen. Diese Sanierung wurde verschoben, da von der Verkehrsplanung die zusätzliche Anlage einer Kommunalspur vorgesehen war. Zwischenzeitlich laufen Baumaßnahmen der EBL sowie Umleitungsverkehre durch die Baumaßnahme Wakenitzbrücke über diesen Streckenzug, vermutlich noch bis Ende 2020. Frühestens ab 2021 könnte daher eine Sanierung der Straße stattfinden.

Derzeit befindet sich das Radschnellwege- Konzept in der Planung. Erst wenn hier Ergebnisse vorliegen, können weitere Aussagen hinsichtlich eines Umbaus o.ä. für die Ratzeburger Allee getroffen werden.

Der Bauausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 5.2.3 Die Unabhängigen: Anfrage des AM Frank Müller-Horn: Planungsstand Sanierung Niehüsener Straße
Vorlage: VO/2019/07388

Anfrage:

Wie ist der aktuelle Planungsstand bezüglich der Sanierung der Nienhüsener Straße - zwischen Nienhüsen und Wesenberger Straße?

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2.4 Die Unabhängigen: Anfrage des AM Frank Müller-Horn: Planungsstand Sanierung Schenkenberger Weg
Vorlage: VO/2019/07389

Anfrage:

Wie ist der aktuelle Planungsstand bezüglich der Sanierung des Schenkenberger Wegs - Abschnitt: Wesenbergerheide bis zur Grinau / Am Ziegelhof?

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2.5 Die Unabhängigen: Anfrage des AM Frank Müller-Horn: Lichtmasten als Ladestationen
Vorlage: VO/2019/07391

Anfrage:

a) Laut Beantwortung der Anfrage VO/2018/06640 hält die Verwaltung die Möglichkeit, Lichtmasten als Ladestationen zu verwenden u.a. deshalb als nicht geeignet, weil die Lichtmasten in der Regel nicht dicht genug am Fahrbahnrand aufgestellt sind und das Ladekabel vom Lichtmast zum Fahrzeug den öffentlichen Gehweg kreuzen würde. Dieses würde eine potentielle Gefahrenquelle darstellen.

Hierzu stellen sich folgende Fragen:

- Wird überprüft, ob eine unterirdische Verlegung der Leitung rechtwinklig vom Lichtmast bis zu einer Ladestation am Fahrbahnrand möglich ist?
- Wird überprüft, ob bei Austausch defekter Lichtmasten oder bei Sanierung aufgrund mangelnder Standfestigkeit von Lichtmasten eine Versetzung an den Fahrbahnrand/Parkstreifen möglich ist?

Dies betrifft die Situation "Fahrbahn-Parkstreifen-Bordstein-Radweg-Gehweg". Aktuell stehen zahlreiche Lichtmasten zwischen Rad- und Gehweg. Diese werden dann, wenn sie erneuert

werden, allerdings NICHT in Richtung Parkstreifen, sondern in Richtung Grundstücksgrenze versetzt.

b) In selber Vorlage berichtet die Verwaltung von einem Förderprogramm des Bundes zum Ausbau der Elektromobilität, die eine Förderhöhe von bis zu 60% vorsieht. Hat die Verwaltung auch Kenntnis über die Förderrichtlinie des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur?

<https://www.bmvi.de/DE/Themen/Mobilitaet/Elektromobilitaet/Ladeinfrastruktur/Ladeinfrastruktur.html>

Hierzu stellen sich folgende Fragen:

- Ist der Verwaltung bekannt, dass der dritte und somit vermutlich letzte Förderaufruf hierzu am 21.02.2019 geendet hat?
- Ist seitens der Verwaltung bereits ein Förderantrag gestellt worden?
- Welche Fördertöpfe sind der Verwaltung sonst noch bekannt?

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.3 Anträge

**zu 5.3.1 Antrag des AM Thomas-Markus Leber (FDP): Der "Landschafts- und Sportpark Strukbachtal" als Alternative oder auch als Ergänzung zur angedachten Grünfläche am Spargelhof.
Vorlage: VO/2019/07281**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

**zu 5.3.2 SPD: AT zu VO/2019/7003 Top 5.24 Fernwärme
Vorlage: VO/2019/07093**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

**zu 5.3.3 Die Unabhängigen: Sanierung Parkplatz Leuchtenfeld
Vorlage: VO/2019/07202**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

**zu 5.3.4 Dringlichkeitsantrag des AM Frank Müller-Horn (Die Unabhängigen): Aufgabenstellungen zum Gutachten über die Möglichkeiten der Tarifgestaltung im ÖPNV
Vorlage: VO/2019/07390**

Aufgrund der fehlenden Dringlichkeit wurde dieser Antrag nicht auf die Tagesordnung genommen (vgl. TOP 1.2).

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung – nach Beendigung des öffentlichen Teils - zur Herstellung der Nichtöffentlichkeit (20:00 Uhr).

zu 11 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und teilt mit, dass der Bauausschuss im nicht öffentlichen Teil Beschlüsse gefasst habe und eröffnet zur Abstimmung noch einmal den TOP 3.3 (Abstimmungsergebnis unter dem TOP ersichtlich).

Anschließend beendet der Vorsitzende die Bauausschusssitzung um 20:55 Uhr.

Lübeck, den 4. April 2019

Christopher Lötsch
Vorsitzende/r

Thomas Kaacksteen
Protokollführung